

An das
Thüringer Ministerium für
Migration, Justiz und Verbraucherschutz
- Referat 36 –
Werner-Seelenbinder-Straße 5
99096 Erfurt

Antrag auf Leistungen aus dem Entschädigungsfonds für die Opfer, Angehörigen und Geschädigten der Taten des NSU

Ich beantrage eine Leistung aus dem Entschädigungsfonds für die Opfer, Angehörigen und Geschädigten der Taten des NSU als

- Angehörige/r eines Mordopfers (Nummer 4 der Durchführungsbestimmungen)

- verletzte Person (Nummer 5 der Durchführungsbestimmungen)

1. Angaben zur antragstellenden Person

Name:

Vorname:

ggf. Geburtsname:

Geburtstag:

Geburtsort:

Anschrift:

Staatsangehörigkeit:

Familienstand:

Telefon:

E-Mail-Adresse:

2. Angaben zu eventuellen gesetzlichen Vertretern

(zum Beispiel Eltern bei einer minderjährigen antragstellenden Personen)

Name:

Vorname:

ggf. Geburtsname:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail-Adresse:

Verhältnis zur antragstellenden Person (z. B. Elternteil):

.....

Name:

Vorname:

ggf. Geburtsname:

Anschrift:

Telefon:

E-Mail-Adresse:

Verhältnis zur antragstellenden Person (z. B. Elternteil):

.....

Die genannte/n Person/en ist/sind

gemeinsam zur Vertretung berechtigt.

allein vertretungsberechtigt.

3. Bankverbindung zur Überweisung der Leistungen aus dem Entschädigungsfonds

Die Leistung aus dem Entschädigungsfonds soll auf folgendes Konto überwiesen werden:

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

IBAN:

BIC:

Hinweis:

Soweit auf den Antrag Leistungen aus dem Entschädigungsfonds gewährt werden, erfolgt die Leistung durch Überweisung. Ohne die oben genannten Angaben zu einer Bankverbindung kann keine Leistung gewährt werden.

4. Angaben zu den Voraussetzungen für die Gewährung der Leistung

(bitte das für Sie Zutreffende ankreuzen)

O Leistung an eine/n Angehörige/n eines Mordopfers (Nummer 4. der Durchführungsbestimmungen)

a) Vorname und Familienname der ermordeten Person:

.....

b) Ihre Angehörigenbeziehung zu der ermordeten Person - die ermordete Person war (z. B. mein Ehegatte, mein Vater, meine Tochter etc.):

.....

Bitte fügen Sie dem Antrag einen **Nachweis** bei, der die Angehörigenbeziehung bestätigt (z. B. Urkunde über die Eheschließung, Abstammungsurkunde; vgl. Nummer 5.).

c) Welche anderen Angehörigen der ermordeten Person sind Ihnen bekannt (z. B. Ehegatte, Kind/er, Eltern, Geschwister mit Nennung des Namens und der Angehörigenbeziehung)?

.....

.....

.....

.....

.....

.....

O Leistung an eine verletzte Person (Nummer 5. der Durchführungsbestimmungen)

a) Durch welche dem Nationalsozialisten Untergrund zugeschriebene Tat wurden Sie verletzt (Beschreibung der Tat, Tatzeit, Tatort)?

aa) Tatort:

bb) Tatzeit:

cc) Beschreibung der Tat:
.....

b) Welche Verletzungen und sonstige Folgen haben Sie durch diese Tat erlitten (z. B. Art der Verletzungen, Art und Dauer einer eventuellen Behandlung, Dauerschäden, sonstige Folgen; keine Sachschäden)?

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Bitte fügen Sie dem Antrag schriftliche **Nachweise** (soweit vorhanden) über die Verletzungen bzw. Verletzungsfolgen bei (vgl. Nummer 5.).

5. Diesem Antrag sind folgende Nachweise beigefügt:

-
-
-
-
-
-
-
-

6. Angaben zu der mit dem Sachverhalt befassten Staatsanwaltschaft

Hinweis:

Diese Angaben sind nur dann erforderlich, wenn Sie eine Leistung für verletzte Personen (Nummer 5. der Durchführungsbestimmungen) beantragen und der Sachverhalt nicht Gegenstand des vor dem Oberlandesgericht München geführten Verfahrens gegen Beate Zschäpe u. a. ist.

Staatsanwaltschaft in:

Aktenzeichen:

7. Personenbezogene Daten

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung und Verbescheidung dieses Antrags erhoben, gespeichert, durch das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) an andere öffentliche Stellen übermittelt oder in sonstiger Weise genutzt und verarbeitet werden. Ich bin auch damit einverstanden, dass andere öffentliche Stellen zum Zweck der Prüfung und Verbescheidung dieses Antrags Auskünfte an das TMMJV erteilen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Beiziehung von Ermittlungsakten bei einer Staatsanwaltschaft oder einem Gericht und die Einholung einer Auskunft des Bundesamts für Justiz über den Inhalt einer eventuellen dortigen Entscheidung über die Gewährung von Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe an mich.

Ich habe das Recht, diese Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Mir ist bewusst, dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung nicht berührt wird.

Hinweis: Es steht Ihnen frei, ob Sie die vorgenannte Einwilligung erteilen oder nicht. Falls Sie die Einwilligung nicht erteilen möchten, können Sie die beiden vorstehenden Absätze streichen. Falls die Einwilligung nicht oder nur teilweise erteilt wird und die Leistungsvoraussetzungen deswegen nicht festgestellt werden können, geht dies zu Ihren Lasten. Der Widerruf der Einwilligung kann in Textform (schriftlich oder elektronisch) an das Referat 36 des TMMJV oder per E-Mail an datenschutzbeauftragter@tmmjv.thueringen.de erfolgen.

8. Versicherung

Ich versichere, dass meine Angaben der Wahrheit entsprechen. Mir ist bewusst, dass unwahre Angaben die Pflicht zur Rückerstattung der Leistung begründen können. Die datenschutzrechtlichen Informationen am Ende des Formulars habe ich zur Kenntnis genommen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift der antragstellenden Person)

(Unterschrift eventueller gesetzlicher Vertreter)

Informationen nach Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zum Zweck der Prüfung und Verbescheidung Ihres Antrags auf eine Leistung aus dem Entschädigungsfonds. Personenbezogene Daten sind beispielsweise Angaben zu Ihrer Person, aber auch zu Sachverhalten, die mit Ihrer Person in Verbindung stehen. Bei der Erhebung, Speicherung, Übermittlung und sonstigen Verarbeitungen genügen wir höchsten Anforderungen an die Sicherheit Ihrer Daten. Mit den folgenden Hinweisen möchten wir Sie darüber informieren,

- an wen Sie sich zur Geltendmachung Ihrer Rechte oder bei Fragen zum Datenschutz wenden können,
- auf welcher Grundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten,
- wie wir mit Ihren personenbezogenen Daten umgehen und
- welche Rechte Sie nach dem Datenschutzrecht gegenüber dem Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz haben.

Die in diesen Hinweisen bezeichneten Gesetze können Sie im Internet unter <http://www.gesetze-im-internet.de> (Bundesrecht), <http://www.landesrecht.thueringen.de> (Landesrecht Thüringen) und <http://eur-lex.europa.eu/> (Recht der Europäischen Union) in der jeweils geltenden Fassung abrufen.

Verantwortlicher

Für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist nach Art. 4 Nummer 7 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Werner-Seelenbinder-Straße 5, 99096 Erfurt, verantwortliche Stelle.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist für den Datenschutz im Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz zuständig. An diesen können Sie sich bei datenschutzrechtlichen Fragen unter folgenden Kontaktdaten wenden:

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Werner-Seelenbinder-Straße 5, 99096 Erfurt
Telefon: 0361 – 57 3511 – 000
Fax: 0361 – 57 3511 – 888
E-Mail: datenschutzbeauftragter@tmmjv.thueringen.de

Bitte beachten Sie, dass diese Person ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig ist und Ihnen keinerlei Auskunft zu Verwaltungsverfahren geben und keine Rechtsberatung erteilen kann.

Verarbeitungszweck und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden nur verarbeitet, soweit dies zur Wahrnehmung der Aufgaben des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz erforderlich ist oder Sie ausdrücklich eingewilligt haben. Rechtsgrundlage der mit der Erfüllung der Aufgaben und Befugnisse des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz verbundenen Datenverarbeitungsvorgänge sind Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a und e DS-GVO. Besondere Kategorien personenbezogener Daten (wie zum Beispiel genetische und biometrische Daten, § 9 Abs. 1 DS-GVO) werden von uns im Zusammenhang mit dem Entschädigungsfonds für die Opfer und Betroffenen des Nationalsozialistischen Untergrunds nicht verarbeitet.

Nach Abschluss des Verfahrens können die Daten zur Erfüllung anderer gesetzlicher Pflichten verarbeitet werden, etwa um gesetzlichen Aufbewahrungspflichten nachzukommen. Es gelten dann die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung sowie des Thüringer Datenschutzgesetzes (ThürDSG).

Zu anderen als den genannten Zwecken werden Ihre personenbezogenen Daten nur weiterverarbeitet, wenn es eine gesetzliche Grundlage für die jeweilige Datenverarbeitung gibt, beispielsweise zur Wahrnehmung der Aufgabe einer anderen Behörde oder wenn Sie in eine solche Weiterverarbeitung vorher ausdrücklich eingewilligt haben.

Quellen für den Erhalt personenbezogener Daten

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz kann Ihre personenbezogenen Daten nicht nur bei Ihnen als betroffener Person erheben, sondern auch bei anderen Stellen und Personen, zum Beispiel durch Anforderung von Auskünften oder Akten bei anderen Behörden und Gerichten. Als Rechtsgrundlage hierfür dient - soweit Sie eine entsprechende Einwilligung erteilt haben - Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a DS-GVO.

Offenlegung von personenbezogenen Daten

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz legt Ihre personenbezogenen Daten Dritten gegenüber nur auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften offen oder wenn eine ausdrückliche Einwilligung Ihrerseits vorliegt. Innerhalb des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz erhalten nur diejenigen Personen Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, die mit der Bearbeitung des Verwaltungsvorgangs betraut sind, in dem Ihre Daten verfahrensrelevant sind.

Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Verfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden. Dabei arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten. An diese werden Ihre personenbezogenen Daten - soweit erforderlich - übermittelt.

Aufbewahrungsdauer der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten, die im Rahmen eines Verwaltungsvorgangs erhoben wurden, werden in die Verwaltungsakten aufgenommen. Die Speicherfristen für die Verwaltungsakten bestimmen sich nach den landesrechtlichen Aufbewahrungsbestimmungen.

Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Grundsätzlich müssen Sie nur die Daten bereitstellen, die für die ordnungsgemäße Durchführung des Verwaltungsvorgangs erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir nach anderen Gesetzen verpflichtet sind.

Keine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall

Zur Wahrnehmung unserer gesetzlichen Aufgaben nutzen wir grundsätzlich keine Verfahren einer vollautomatisierten Entscheidungsfindung.

Ihre Rechte / Betroffenenrechte

Sie haben dem Verantwortlichen gegenüber folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO
- Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO
- Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO,
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO,
- Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung nach Art. 21 DS-GVO,
- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DS-GVO.

Wenn Sie uns eine Einwilligung erteilt haben, haben Sie nach Art. 7 Abs. 3 DS-GVO das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Alle Datenverarbeitungen, die wir bis zu Ihrem Widerruf vorgenommen haben, bleiben in diesem Fall rechtmäßig. Über die Möglichkeit des Widerrufs einer Einwilligung und die konkreten Schritte zur Ausübung des Widerrufsrechts werden wir Sie an der Stelle informieren, an der wir Ihre Einwilligung einholen. Sie haben zudem nach Art. 77 DS-GVO i. V. m. § 8 ThürDSG das Recht, sich bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns in Ihren Rechten verletzt worden zu sein.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe e DS-GVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DS-GVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerrufs- oder Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an datenschutzbeauftragter@tmmjv.thueringen.de

Sollten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, prüft das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.